

13. 05. 80

Sachgebiet 312

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Fortentwicklung des Strafvollzuges

– Erstes Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz (1. StVollzFG) –

– Drucksachen 8/3335, 8/3958 –

Bericht des Abgeordneten Westphal

Mit dem Gesetzentwurf soll die mit dem Strafvollzugsgesetz eingeleitete Reform des Strafvollzuges fortgeführt werden. Der Gesetzentwurf sieht deshalb die Erhöhung des Arbeitsentgelts der Strafgefangenen von 5 v. H. auf 10 v. H. der Bemessungsgrundlage sowie die Einbeziehung dieses Personenkreises in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung vor.

Der Gesetzentwurf führt beim Bundeshaushalt nicht zu Mehrausgaben. Die Landeshaushalte dagegen werden jährlich mehrbelastet. Für die Erhöhung des Arbeitsentgelts betragen die Mehrausgaben ab dem 1. Januar 1981 53 000 000 DM. Wegen der Einbeziehung der Gefangenen in die Krankenversicherung müssen ab dem gleichen Zeitpunkt jähr-

lich 56 000 000 DM aufgebracht werden. Die jährliche Mehrbelastung der Landeshaushalte hinsichtlich der Rentenversicherung wird ab dem 1. Januar 1985 auf jährlich 223 000 000 DM geschätzt.

Anzumerken ist noch, daß wegen dieser Leistungen bei den Sozialhilfesaufwendungen ab dem 1. Januar 1981 etwa jährlich 10 000 000 DM Einsparungen gegenüberstehen.

Dieser Bericht stimmt insoweit mit der Beschlussempfehlung und dem Bericht des federführenden Rechtsausschusses überein. Lediglich hat der Rechtsausschuß abweichend vorgeschlagen, die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung bereits ab 1. Januar 1985 durchzuführen.

Bonn, den 13. Mai 1980

Der Haushaltsausschuß

Windelen	Westphal
Vorsitzender	Berichterstatter

